

Bitte helfen Sie unserem Aufklärungskampf mit einer Spende. Die Klartextstimme muss bleiben. Auch die ARCHIVSCHLAGZEILEN per PDF-Versand bei Spende: [hier klicken](#)

# NATIONAL JOURNAL

## SCHLAGZEILEN HEUTE

Nr. 7/14.2.2000

# DER SPIEGEL

## BRD: IM LAND DER LÜGEN

26. August 2017

Hauptseite: <http://concept-veritas.com/nj/deutsch.htm>

## Bücher des Weltwissens



# Die Lügen-Republik und der AfD-Widerstand



„Es gibt keine Hinweise auf eine Fremdenangst oder eine Verunsicherung der Bevölkerung. 82 Prozent der Deutschen sagen: Menschen anderer Religionen gehören zu uns.“



„Sorgen der Nation: Zuwanderung verunsichert die Deutschen wie kein anderes Thema. die Verunsicherung in der Bevölkerung war noch nie so hoch.“



„Wir fordern eine sofortige Schließung der Mittelmeer-Route. Es kann nicht sein, dass sich die deutsche Marine an Schlepperdiensten beteiligt.“



„Das jetzige Asylrecht ist eine Katastrophe für Deutschland. Es ist ein Recht, das wir uns bei einer Völkerwanderung nicht mehr leisten können.“

Eine künftige Koalitionsgrundlage von CDU/CSU, SPD, Grüne, Linke und FDP gegen die AfD wird leicht sein, denn der gemeinsam vertretene Plan zur Verwirklichung des immer noch existierenden „[Kriegsziel Nummer 1](#)“ des 2. Weltkriegs des Globaljudentums verlangt unsere migrantive Ausrottung. Ein Friedensvertrag wird uns deshalb bis heute verweigert. Merkel und Seehofer sehen somit in den Überfremdungsanstrengungen von LINKE und GRÜNE große Gemeinsamkeiten, geht es ihnen doch ebenfalls um die Aufrechterhaltung der Fremdmasseneinfuhr. Seehofer will das mit seinem „Obergrenze“-Programm erreichen, weil so ein jährlicher Familiennachzug von mindestens 1,2 Millionen garantiert werden kann. Die Grünen fordern eine „Untergrenze“ und die LINKE verlangt sogar eine beispiellose Steigerung der Masseneinfuhr. Die FAZ von gestern bestätigt das:

„Grüne und Linkspartei lehnen indessen schon den Türkei-Deal ab, der sei abzuschaffen. Migranten sollen freie Wahl haben, wohin sie ziehen. Das Asylrecht will die Linkspartei sogar weiter ausbauen. ‚Im Zentrum steht das Recht, nicht migrieren zu müssen‘. Die Grünen argumentieren ähnlich, aber nicht ganz so radikal. Auch sie wollen Kontingente, aber nicht als Vehikel einer Obergrenze wie die CSU, sondern als ‚Untergrenze für eine humanitäre Politik‘.“ (FAZ, 25.08.2017, S. 10)